

Bundesbank

Weil doch sein kann ...

Auch wenn Notenbankbilanzen selten echte Aussagekraft haben, so steckt doch mitunter etwas Symbolhaftes in ihnen. Der Abschluss der Deutschen Bundesbank zeigt zweierlei. Zum einen ist die magere Überweisung des Überschusses von rund 600 Millionen Euro an den Finanzminister nach Berlin ein deutliches Zeichen für die deutsche Politik, dass die Krise im Süden Europas doch nicht ganz spurlos an den solideren Ländern des Eurogebietes vorbeizieht, auch wenn die „deutsche Wirtschaft in einem bemerkenswert guten Zustand ist“, wie Bundesbank-Präsident Jens Weidmann anmerkte. In der Aufstockung der Rückstellungen für allgemeine Wagnisse um 4,1 Milliarden Euro auf 7,7 Milliarden Euro aber ein bewusstes Zeichen für die deutsche Regierung zu sehen, von der sich Weidmann bekanntermaßen eine schnellere Sanierung der eigenen Finanzen wünscht, ginge sicherlich zu weit. Allerdings ist dieser Schritt der Ausdruck dessen, was bislang von den Verantwortlichen des Eurosystems öffentlich weder gesagt noch gedacht werden durfte und auch in den Statuten gar nicht vorgesehen ist: Nämlich der ganz oder teilweise Zusammenbruch und damit verbundene Zahlungsausfall eines der beteiligten Länder.

„Notenbanken haben zur Bewältigung der Finanzkrise erhebliche Risiken auf sich genommen, die sich auch in unserer Bilanz widerspiegeln. Aber Rückstellungen sind noch keine Wertberichtigungen“, beschwichtigt Weidmann. Dazu wird eine solche Rückstellung erst, wenn die Forderung ausfällt. Die Notenbanken sorgen also für etwas vor, was so wohl nicht eintreten wird. Ein solcher Schritt, den im Übrigen auch die EZB und andere nationale Notenbanken gegangen sind, mag zwar lediglich „Ausdruck der Sorgfaltspflicht des Vorstands der Deutschen Bundesbank für die eigene Bilanz sein“. Das Vertrauen in den Euro stärkt ein solcher Schritt aber natürlich nicht.

Das gilt erst recht vor dem Hintergrund, dass die Bundesbank stets eine exponierte Stellung im Eurosystem innehat und man sie in jüngerer Vergangenheit häufig besonders deutlich vernahm. Bei dem ein oder anderen Beteiligten erweckte das mitunter schon den Eindruck, die Bundesbank wolle sich gerade profilieren, indem sie vor allem als Kritiker und Skeptiker der EZB-Politik auftritt – ob zu Recht oder vielleicht auch zu Unrecht sei dahingestellt. Dieser Rolle ist sich Weidmann, der ganz offensichtlich immer schon sehr viel mehr Bundesbanker denn Politiker war, durchaus bewusst, sieht sie aber begründet: Die Bundesbank sei die Notenbank der größten Volkswirtschaft der Eurozone. Sie

habe das größte Analysepotenzial und könne die EZB daher am besten von allen Notenbanken unterstützen. Und sie habe natürlich eine bestimmte Tradition und stehe für bestimmte Werte. Von einem Bruch mit anderen Notenbankern oder gar einer Isolation will der Bundesbank-Chef dagegen nichts wissen. „Da machen sich die, die darüber berichten, mehr Sorgen als ich.“ Sicherlich agiert er bei aller vorgetragenen Kritik an Anleihekäufen, Tendern und anderen Maßnahmen stets auch klug, indem er sich strikt auf das Mandat der Notenbanken bezieht und somit seinen Äußerungen eine Rechtsgrundlage gibt. Und Weidmann stellt immer auch klar, dass die Bundesbank bei all ihren Planungen immer von einem Fortbestand der Währungsunion ausgeht.

Allerdings muss die Zeit, die mit den Maßnahmen gekauft wird, besser genutzt werden. Durch die Liquiditätsspritzen der EZB seien „diejenigen, die eigentlich etwas tun müssten, entspannter, als sie es sein dürften.“ Das gilt sicherlich für Politiker wie Banker gleichermaßen, denn gerade Letztere bedienen sich nahezu ausschließlich der Notenbankmittel – mangels Alternativen aber auch aufgrund der hohen Attraktivität sprich niedriger Zinsen. Dass das zu Wettbewerbsverzerrungen führt, liegt auf der Hand. Und auch das schmeckt Jens Weidmann gar nicht: „Aus diesen Geschäften entstehen Risiken für die Finanzstabilität allgemein, da Geschäftsmodelle ohne Zukunft am Leben gehalten werden.“ Dem ist nicht zu widersprechen. Leider fehlen auch dem gewandten Bundesbank-Präsident die Antworten, wie der verträgliche Exit aus diesem System geschafft werden kann. Seine Banken hier in Deutschland stellen aber sicherlich nicht das größte Sorgenpotenzial dar.

DZ Bank

Tiefe Spuren

Die europäische Staatsschuldenkrise hat tiefe Spuren in der Ertragsrechnung der DZ Bank hinterlassen. Nach Wertberichtigungen auf griechische Staatsanleihen von 451 Millionen Euro und Vorsorgen für die Papiere der übrigen PIIGS-Staaten von 1,1 Milliarden Euro verbleibt ein Vorsteuerergebnis von mageren 324 Millionen Euro. Das sind über 80 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Eine Steuer-rückzahlung in Höhe von 285 Millionen Euro lässt den Rückgang im Konzernergebnis mit rund 46 Prozent auf 609 Millionen Euro etwas weniger dramatisch aussehen. Allerdings wird das Gesamtbild durch die (zulässige) Aktivierung von latenten Steuern aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der R+V weiter getrübt. 460 Millionen Euro GuV-

Effekt bringt diese Buchung auf die Zukunft und lässt das Jahr 2011 besser aussehen, als es tatsächlich war. Das bekommen auch die Aktionäre zu spüren, mehrheitlich die mehr als 900 Volksbanken und Raiffeisenbanken aus dem Geschäftsgebiet der DZ Bank: Die Dividende wird nach Vorschlag des Vorstandes und Zustimmung der Hauptversammlung von zwölf Cent im Vorjahr auf magere fünf Cent 2011 zusammenschrumpfen. Nein, damit kann man nicht zufrieden sein.

Das ist die vom Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Kirsch angesprochene eine Welt. Die andere macht ein bisschen mehr Mut. Das operative Ergebnis, bereinigt um die Belastungen aus Europa, liegt im Konzern mit 1,89 Milliarden Euro über dem Vorjahresniveau – allerdings dem unbereinigten, denn auch im Vorjahr sind ja bereits Wertberichtigungen für Griechenland & Co. angefallen. Einem deutlich höheren Zinsüberschuss (3,14 nach 2,73 Milliarden Euro) steht eine gestiegene Kreditrisikovorsorge (395 nach 258 Millionen Euro) und ein geringerer Provisionsüberschuss (963 nach 1 113 Millionen Euro) gegenüber. Im drastisch verschlechterten Handelsergebnis von 398 nach 1 015 Millionen Euro schlagen die Bonitätsverluste für Bankanleihen aus dem Portfolio der DZ Bank AG durch, was aber zumindest ein klein wenig durch das verbesserte Ergebnis aus Finanzanlagen (333 nach 708 Millionen Euro) aufgefangen wird. Die Verwaltungsaufwendungen liegen mit rund 2,7 Milliarden Euro um gut fünf Prozent über dem Vorjahr. Es ist auf dieser Basis also keineswegs nur Hoffnung, wenn Kirsch davon ausgeht, dass die DZ Bank im laufenden Jahr „in Normalbetrieb an den Ergebnispfad 2010 anknüpfen“ kann.

Doch reicht das aus? Um die Eigenkapitalanforderungen nach Basel III zu erfüllen, das der DZ-Bank-Chef für ein „kluges austariertes Werk“ hält, welches „als Basis für die weltweite Regulierung dienen sollte“, muss das genossenschaftliche Spitzeninstitut in den kommenden Jahren jährlich mindestens 500 Millionen Euro Eigenkapital aus thesaurierten Gewinnen aufbauen. Das wurde 2011 weit verfehlt. Und auch wenn Kirsch für das laufende Jahr ein Kapitalersuchen an die angeschlossenen Volksbanken und Raiffeisenbanken noch ausschließt, bleiben Zweifel an den Möglichkeiten der DZ Bank, dies aus eigener Kraft zu schaffen. Das gilt erst recht vor dem Hintergrund der nach wie vor ungeklärten Frage, wie künftig mit Tochterunternehmen zu verfahren ist: Derzeit kann die DZ als Mutter das Kapital der Töchter voll dem Konzernkapital zurechnen, auch bei nicht hundertprozentigen Beteiligungen. Nach Basel III soll diese Möglichkeit nicht mehr gegeben sein, sodass beispielsweise für die R+V nur noch knapp 75 Prozent dem Konzern zuzurechnen sind, entsprechend den Kapitalanteilen. Darüber hinaus wurden bei der DZ

auch bereits alle ehemals stillen Reserven nach § 340f HGB in Kernkapital umgewandelt. Und drittens schließlich bleibt noch offen, was mit den hybriden Kapitalbestandteilen geschieht, die nur noch Zinsen kosten, nach den neuen Regeln aber nicht mehr zum harten Kapital zählen. Im kleineren Kreis fühlt Kirsch demzufolge wohl auch schon mal vor, wie es denn 2013 um die Bereitschaft der Ortsbanken bestellt sei, der Zentralbank eventuell noch einmal unter die Arme zu greifen. Spätestens dann wird sich zeigen, wie tief die Spuren dieses 2011er Abschlusses wirklich sind. Eine mehr als halbierte Dividende ist wahrlich kein gutes Argument – bei aller sicherlich vorhandenen Solidarität und Solidität der Gruppe. Doch vielleicht geht ja noch alles gut.

Kreissparkasse Köln

Große Ziele

Natürlich mögen es die Kreissparkassen in Zeiten harten Wettbewerbs ein klein wenig einfacher haben. Während in den größeren Städten das Gedränge groß und die Margen knapp sind, sichert das Ausweichen in die Fläche der Regionen doch ein gewiss besseres Auskommen. Doch selbst unter Berücksichtigung dieses kleinen Vorteils ist die Ankündigung der Kreissparkasse Köln bemerkenswert: Ein dreistelliges Ergebnis wollen der Vorstandsvorsitzende, Alexander Würst, und seine Kollegen für 2012 aus eigener Kraft erreichen. Eigentlich wäre es für 2011 schon so weit gewesen. Doch die Belastungen aus der Staatsschuldenkrise (Abschreibungen auf die PIIGS-Staaten in Höhe von 20 Millionen Euro), die Landesbank Berlin (30 Millionen Euro) und die Vorsorge für die WestLB (zehn Millionen Euro) machten den Verantwortlichen hier noch einen Strich durch die Rechnung, auch wenn man manchen Teil der Vorsorge sicherlich auch ein Stück weit als „Reserve“ betrachten kann. Es blieben unter dem Strich ein Gewinn vor Steuern in Höhe von 74,2 Millionen Euro.

Bemerkenswert ist dieses Ziel deshalb, weil die Sparkassen zwar insgesamt sicherlich nicht als Verlierer der Finanzkrise gelten können, doch in den vergangenen Jahren keinem der großen Häuser der Sprung in die „Dreistelligkeit“ gelang. Zum Vergleich: 2010 lag die Kreissparkasse Köln gemessen am Gewinn vor Steuern mit 54,55 Millionen Euro noch auf Platz vier der Bestenliste. Vor ihr rangierten mit der Stadtsparkasse München (95,73 Millionen Euro) und der Frankfurter Sparkasse (82,24 Millionen Euro) zwei Stadtsparkassen und der Hamburger Sparkasse (83,35 Millionen Euro) eine freie Sparkasse.

Die Kreissparkasse Köln, die 3871 Menschen beschäftigt, ist in vier Landkreisen und 42 Kommunen des Köln/Bonner-Umlandes aktiv, hat allein 2011 Kredite in Höhe von über drei Milliarden Euro vergeben, 5000 neue Girokonten eröffnet, hat also große, aber realistische Ziele. Da darf nichts schiefgehen. Von daher ist es nicht überraschend, dass der Vorstandsvorsitzende, der gleichzeitig Landesobmann der rheinischen Sparkassen ist, vor vielen Dingen zu warnen hat. Die Regulierung und vor allem Basel III ist eines der Hauptthemenfelder. Bis zu 3,5 Milliarden Euro an Kreditvergabepotenzial kostet die Erhöhung der Eigenkapitalunterlegung von acht auf zehn Prozent die Kreissparkasse nach eigenen Berechnungen. Das geht zulasten der Realwirtschaft und schmälert die Ertragsmöglichkeiten.

Darüber hinaus wirbt Wüerst für weitere Erleichterungen für Mittelstandskredite und schärfere Regelungen für undurchsichtige Handelsgeschäfte. Empirisch belegt ist, dass 2009 das für Kreditrisiken geforderte Kapital etwa zwanzig Mal so groß war wie der tatsächliche, durch Verluste bedingte Kapitalverzehr. Bei Marktpreisrisiken, deren Absicherung durch regulatorisch gefordertes Kapital weniger als die Hälfte beträgt, wurde immerhin ein Drittel durch Verluste aufgebraucht.

Doch nicht nur von den Aufsehern, auch von der eigenen Organisation hat Wüerst klare Vorstellungen. Von einer Übernahme der Verbundbankaktivitäten der WestLB durch die Helaba, die er auf gutem Wege sieht, erwartet er sich „eine Verbesserung der Leistungen als Verbundbank“. Lob für die WestLB sieht anders aus. Dann die Vermeidung von Doppelarbeit: Da sowohl die Landesbank Berlin als auch die Deka den Sparkassen gehörten, wäre es „töricht, nicht zu überprüfen, wo es Überlappungen gibt und wie diese zu beseitigen sind“. Damit spielt der Vorstandsvorsitzende indirekt auch auf die Konkurrenz von Zertifikaten und Fonds an.

Denn Wüerst weiß auch, dass „die Sparkassenorganisation in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang Zertifikate emittiert hat und diese hohe Emissionstätigkeit zu geringeren Absätzen im Fondsgeschäft beigetragen hat“. Das geht auch zulasten der Banken vor Ort. Die Kreissparkasse Köln verzeichnete 2011 beim Nettoerwerb von Wertpapieren durch die Kunden sowohl bei Aktien als auch bei Festverzinslichen ein leichtes Plus, während im Fondsgeschäft ein Minus von 100 Millionen Euro zu Buche steht. Da spielten natürlich auch die umfangreichen Beratungs- und Dokumentationspflichten eine Rolle, die die Kunden verunsicherten.

Und schließlich auch noch das Kommunalgeschäft: Natürlich seien Sparkassen der geborene Finanzier

für die Kommunen. 8,7 Prozent der Durchschnittsbilanzsumme der Kreissparkasse Köln sind Kommunaldarlehen. Der Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen liegt bei 4,6 Prozent. Das sind natürlich Risikofaktoren, die vor einer keineswegs gesunden Haushaltslage der Kreise und Gemeinden nicht einfach abgetan werden können. Kommunen werden sich auf schwierigere Bedingungen einstellen müssen, so Wüerst.

HSBC Trinkaus

Ohnmacht gegen Benachteiligung

Es dürfte wohl maßgeblich seinem Berliner Amt als Präsident des privaten Bankenverbandes geschuldet sein, dass Andreas Schmitz in seinem Urteil zu den beiden langlaufenden Tendern der Europäischen Zentralbank vergleichsweise moderat blieb. Auch wenn der Vorstandssprecher der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG anlässlich der Bilanzberichterstattung seines Hauses klar und deutlich von einer Euro-Flut sprach, die mittlerweile in Europa eine Liquiditätsschwemme verursacht, die er in ihren Dimensionen im Verhältnis zum jeweiligen BIP als größer einstuft als in den USA, in Japan und in Großbritannien, äußert er aus volkswirtschaftlicher Sicht sogar ein gewisses Restverständnis für die expansiven geldpolitischen Maßnahmen der EZB. Angesichts der Marktflutung mit Euro sieht Schmitz zwar durchaus die mittelfristige Gefahr neuer Blasen und erheblicher Inflationstendenzen, weiß aber ebenso um den Mangel an geeigneten Handlungsalternativen für die Notenbank.

Als Verantwortlicher für HSBC Trinkaus und damit aus betriebswirtschaftlicher Sicht fällt sein Urteil natürlich weniger verständnisvoll aus. Hier sieht er die Passivseite seines Hauses quasi über Nacht von einem Kollateralschaden betroffen. Banken mit einem tragfähigen Geschäftsmodell und einem über Jahre hinweg gepflegten soliden Einlagengeschäft, so seine Klage, sind nun gegenüber jenen Instituten benachteiligt, die die Unzulänglichkeiten ihrer strategischen Ausrichtung und/oder ihres Risikoprofils nun mit billigem EZB-Geld überspielen und sogar konservieren können. Die geldpolitischen Maßnahmen helfen jenen Instituten über eine kritische Lage, die unter normalen Wettbewerbsbedingungen aus dem Markt ausscheiden müssten. Auch an dieser Stelle weicht die natürliche Interessenlage als HSBC-Banker durchaus von der des BdB-Präsidenten ab, der natürlich möglichst viele Mitgliedsinstitute als Beitragszahler halten will.

Ohnehin klingt diese Ohnmachtsbekundung irgendwie vertraut. Sie gehört dieser Tage massenweise zur Bilanzberichterstattung 2011 der Genossenschaftsbanken und Sparkassen sowie deren Verbänden und klingt auch bei vielen kleinen Privatbanken an. All diese Institute verdanken ihrem Einlagenüberhang im Aktivgeschäft eine große Unabhängigkeit von den Kapitalmarktbedingungen. Bei der Marktbearbeitung im Passivgeschäft müssen sie aber derzeit miterleben, wie Banken, die sich mit den EZB-Milliarden gestärkt haben, den Konditionenwettbewerb um Einlagen anheizen. In diesem Sinne schmiedet die Finanzkrise zum wiederholten Male über die deutschen Bankengruppen hinweg Koalitionen der Betroffenen.

Anders als eine ganze Reihe von Primärbanken aus dem Genossenschaftssektor und dem Sparkassenlager, die den Angaben der EZB nach an dem Tender teilgenommen haben und damit offensichtlich die Segnungen des billigen EZB-Geldes zu einem kontrollierten Ergebnisbeitrag nutzen wollen, hat sich HSBC Trinkaus kein EZB-Geld gesichert. Aber vielleicht profitiert das Institut ja ein wenig von der Muttergesellschaft, die nach Verlautbarungen aus London, mit überschaubaren Beträgen an beiden Tendern teilgenommen hat, um die Refinanzierung des Kreditgeschäftes in einzelnen Ländern zu unterstützen.

Ohnehin darf sich die HSBC-Gruppe einmal mehr auf einen ansehnlichen Ergebnisbeitrag ihrer deutschen Tochter freuen. Einem um 15,7 Prozent auf 148,9 Millionen Euro gestiegenen Zinsüberschuss steht zwar ein Rückgang von 4,6 Prozent auf 385,5 Millionen Euro und ein Anstieg des Verwaltungsaufwands um 8,0 Prozent auf 474 Millionen Euro gegenüber. Aber nach leicht gestiegener Steuerposition von 71,0 (70,6) Millionen Euro liegt der Jahresüberschuss nach Steuern mit 132,1 (139,4) Millionen Euro mit minus 5,2 Prozent nicht allzu weit unter Vorjahresniveau. Und bei einer Aufstockung des Kernkapitals um 4,0 Prozent auf gut 1,1 Milliarden Euro klingen auch die Cost Income Ratio von 71,4 (66,9) Prozent, die Eigenkapitalrendite von 16,5 (19,6) Prozent und die Kernkapitalquote von 11,5 (13,0) Prozent immer noch recht gut.

Deutsche Leasing

Kein Überschwang trotz Jubeljahr

27,2 Millionen Euro bekommen die Sparkassen als Eigentümer der Deutschen Leasing auch in diesem Jahr wieder als Dividende. Genauso viel wie im Vorjahr. Daraus könnte man natürlich schließen,

dass die Bad Homburger ein klein wenig sorgenvoller in die Zukunft blicken, ob sich denn die Krise so mancher europäischer Finanzhaushalte nicht doch noch auf die Wirtschaft in Deutschland niederschlagen könnte. Schließlich hat sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 70,2 Millionen Euro (von 29,4 Millionen Euro) sprunghaft erhöht. Der Bilanzgewinn kletterte von 19,1 Millionen Euro auf 50,7 Millionen Euro, und das wirtschaftliche Ergebnis stieg von 124 Millionen Euro auf 131 Millionen Euro. Damit liegt man fast wieder auf dem Niveau der Rekordjahre 2007 und 2008, trotz Krise! Und weil in diesem Jahr auch noch das 50-jährige Jubiläum der Deutschen Leasing ansteht, hätte man da doch durchaus mehr an die Sparkassen ausschütten können.

Dafür sahen die Verantwortlichen aber keinen Anlass. Stattdessen werden aus diesem Ergebnis gleichzeitig noch Zukunftsinvestitionen getätigt und die Substanz weiter gestärkt. Das zeigen sowohl die Entwicklung des Eigenkapitals als auch des Substanzwertes. Das Eigenkapital hat sich zwischen 2006 und 2011 von 180 Millionen Euro auf 425 Millionen Euro erhöht. Darin enthalten sind 215 Millionen Euro aus einer dreistufigen Kapitalerhöhung. Die erste Tranche in Höhe von 135 Millionen Euro floss 2007, weitere 80 Millionen Euro 2009. Im laufenden Jahr wird die Erhöhung mit nochmaligen 85 Millionen Euro abgeschlossen. Gleichzeitig wurden auch die Rücklagen nach § 340f HGB kräftig dotiert. Und der Substanzwert, in dem stille Reserven und zu erwartende Bewertungseffekte erfasst sind, stieg von 1,4 Milliarden Euro in Vorjahr auf 1,47 Milliarden Euro im Berichtsjahr.

Trotz all dieser „Vor“-Sicht ist man bei der Deutsche Leasing keineswegs skeptisch, was das Jubiläumsjahr angeht. Das Neugeschäftsvolumen in den ersten fünf Monaten, die Deutsche Leasing hat ein gebrochenes Geschäftsjahr zum 30. September, lag spürbar über dem Vorjahresniveau, wie Konzernchef Kai Ostermann sagte. Da sich auch die Kostenentwicklung im geplanten Korridor befindet und es „unverändert interessante Potenziale“ zu erschließen gibt, wird 2012 (ohne Katastrophen) wahrlich ein Jahr zum Feiern sein. Da muss man sich auch angesichts neu formierter Konkurrenzlagen im genossenschaftlichen Lager keine Sorgen machen. Und die Primärstufe vor Ort sollte es ebenfalls verschmerzen können, wenn es keine Jubel-Dividende gibt: Deren kumuliertes Ergebnis vor Steuern stieg 2011 nach DSGV-Angaben um 4,5 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro, der Zinsüberschuss legte um 0,4 Prozent auf 23,6 Milliarden Euro zu, das Provisionsergebnis konnte um 0,9 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro gesteigert werden (siehe Bilanzen in diesem Heft). ■■■■■